

Prof. Dr. Manfred Wilke

Stellungnahme zu den „Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘“

Hearing am 06. Juni 2006 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Das Minderheitsvotum von Frau Klier betont die politischen Herausforderungen, die heute noch in der politischen Präsenz der Geschichte der SED-Diktatur liegen. Die Partei, die aus der SED hervorgegangen ist und in deren Führung noch immer Kader der Diktatur eine ausschlaggebende Rolle spielen, gilt mittlerweile als demokratische Partei. Die politische Präsenz der künftig gesamtdeutsch agierenden PDS ist für sie eine der wichtigsten Ursachen für die in den Empfehlungen kritisierte „Trivialisierung der DDR als politisches System, mit der gerade in jüngster Zeit vermehrt Versuche einer geschichtsrevisionistischen Negierung ihres Diktaturcharakters und eine Verächtlichmachung ihrer Opfer einhergehen.“

Eine Historisierung der kommunistischen Diktatur steht also nicht auf der Tagesordnung.

In meinen Ausführungen werde ich mich auf zwei Fragestellungen konzentrieren: Zielen die Empfehlungen in dem vorgeschlagenen institutionellen Gefüge auf einen Paradigmawechsel in der demokratischen Erinnerungskultur an die kommunistische Diktatur in Richtung Alltag der DDR und zweitens auf die Zukunft der BStU? Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen, an ihre Opfer, ihre Verbrechen und Täter ist eine Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die eine Geschichtspolitik des Bundes zur Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur begründet, denn die

Scheidelinie der politischen Geschichte der Deutschen im 20. Jhd. war der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur. Es war in der Tat nicht der Alltag in den Diktaturen, die diese gesamtstaatliche Aufgabe für die Bundesrepublik unabweisbar werden ließ.

Um ein realistisches DDR-Geschichtsbild zu vermitteln, schlägt die Kommission die Bildung dreier thematischer Schwerpunkte vor:

- *Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand*
- *Überwachung und Verfolgung* sowie
- *Grenze und Teilung.*

Verbunden werden soll dieses Drei-Säulen-Konzept durch ein in Berlin angesiedeltes *Forum Aufarbeitung*, das als „Kommunikationsort der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung zu einer zentralen Anlaufstelle für Fragen der DDR-Aufarbeitung“ entwickelt werden soll. In dem institutionellen Gefüge des *Geschichtsverbundes* soll organisationssoziologisch gesehen ein steuerndes Zentrum entstehen, das in der Geschichte des Alltags der DDR seinen eigenen Schwerpunkt hat. Die inhaltliche Begründung dieses Vorschlages gerät durch das geradezu aufdringliche Eigenlob der Arbeit des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, dessen Direktor Mitglied der Kommission war, darüber hinaus in den Verdacht des institutionellen Lobbyismus'. Die Profilierung des Alltags der DDR in all seinen Facetten zentriert die künftige Aufarbeitung auf die Geschichte der DDR. In dem Minderheiten-votum von Frau Klier wird darauf verwiesen, dass der Begriff Paradigma-wechsel in diesem Zusammenhang vermieden wurde. Plausibel ist diese Information durch einen Satz in den Empfehlungen, den auch die Verbände der Verfolgten in der SBZ und der DDR massiv kritisieren, der da lautet: „Zugleich soll mit den vorliegenden Empfehlungen der deutlich überge-wichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegen-

gewirkt werden, mit der die naturwüchsig entstandene Gedenklandschaft gegenwärtig bis zu einem gewissen Grade noch der Herrschaftslogik des SED-Regimes“ folgt. Die staatliche Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist im politischen Raum aber nur zu legitimieren, wenn der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu Grunde gelegt wird. Mit der Fokussierung auf den „Alltag“ im „Kommunikationsort“ des Geschichtsverbundes könnte in der Tat ein Paradigmawechsel befördert werden.

Denkbar wäre ja auch ein anderer zentraler „Kommunikationsort“, den die Kommission im Schwerpunkt Diktatur und Unterdrückung selbst vorschlägt. Die „Zusammenführung der Gedenkstätten Hohe nschönhausen und der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße“ in einer Stiftung. Ein solcher zentraler Kommunikationsort würde die Diktaturgeschichte mit ihren Opfern und Tätern ins Zentrum rücken. In der Kontroverse um die Sinnhaftigkeit der vorgeschlagenen Schwerpunktbildung und der damit verbundenen institutionellen Aufspaltung der Geschichte, teile ich Markus Meckels Position, der die Dreiteilung thematisch nicht für „sinnvoll“ hält.

Marianne Birthler dagegen begrüßte den „integrativen Ansatz in den vorgeschlagenen Kristallisationskernen“ und sieht ihre Behörde als vorbildliches „Beispiel für einen solchen integrativen Ansatz“. Ohne Zweifel kommt der Bundesbeauftragten dieser Vorschlag sehr entgegen. Die Achse der Empfehlungen zum institutionellen Gefüge des Verbundes dreht sich sowie um das Schicksal der BStU. Diese Fixierung ist nicht allein mit ihrer qualitativen und quantitativen Bedeutung für den Aufarbeitungsprozess der SED-Diktatur seit 1992 zu erklären, sondern auch der Entstehungsgeschichte dieser Kommission geschuldet. Im Dezember 2004 änderte sich die Zuständigkeit für die BStU und die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur innerhalb der Bundesregierung, Das Bundesinnenministerium gab sie ab an das Staatsministerium für Kultur im Bundeskanzleramt. Die Erblast der SED-Diktatur wurde damit integraler Bestandteil der Kulturpolitik des Bundes

und bedurfte hinsichtlich ihrer Ziele und Mittel einer geschichtspolitischen Konzeption. Der Entwurf von Ministerialdirektor Knut Nevermann bezog sich explizit auf die „Gedenkstättenarbeit zur SED-Diktatur“, die er insbesondere in Berlin für „unbefriedigend“ hielt und die eine „Neustrukturierung“ erforderte. Die Institutionen des Bundes sollten in einem Geschichtsverbund – SED-Staat arbeitsteilig genutzt werden um die Auseinandersetzung mit dieser diktatorischen Vergangenheit seitens des Bundes stärker zu fördern.

Zur Zukunft der BStU hieß es kurz und bündig: „Die BStU wird in das Bundesarchiv integriert.“ Nachdem diese Absicht öffentlich wurde, führte sie zum Konflikt in der rot-grünen Bundesregierung. Staatsministerin Weiss distanzierte sich öffentlich von diesen Überlegungen und versicherte, die BStU „wird nicht angetastet“, im Gegenteil, sie soll für sie „der wichtigste Partner“ in der nun ansetzenden inhaltlichen und strukturellen Debatte um den zu gründenden *Geschichtsverbund Aufarbeitung der SED-Diktatur* sein. Sie schloss ihr Statement mit den Worten: „Um diese Konzeption zu erarbeiten, wird Marianne Birthler meine Hauptpartnerin sein.“ Frau Weiss hat Wort gehalten und die personelle Zusammensetzung der Kommission ebenso wie ihr Auftrag entsprachen dieser Ankündigung.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entscheidung vom Dezember 2004 wird die normative Aussage in den Empfehlungen über die BStU nachvollziehbar, die da lautet „dass die Behörde der BStU angesichts ihrer besonderen historischen Bedeutung und politischen Legitimation auch nach Erledigung ihrer Hauptaufgaben aus dem Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht zur Gänze herausfallen darf.“ Das war der Kontrapunkt zu den Gedankenspielen im BKM vor 2004. Die Kommission dagegen fordert eine „strategische Neuausrichtung der BStU-Tätigkeit“ und damit ihre zeitlich unbefristete Weiterexistenz. Sie wird sogar zum Symbol der friedlichen Revolution in der DDR 1989 verklärt. Nicht die Sätze „Wir sind das

Volk!“und „Wir sind ein Volk!“oder der deutsche Bastill esturm vom 9. November, mit dem irreversibel der Weg in die deutsche Einheit begann, sind für die Kommission diese Symbole, nein, nach ihrem Verständnis ist es das Sonderarchiv für die Stasi-Unterlagen. Welch' ein Beispiel für interessegeleitete historische Fehlwahrnehmung der Symbolik einer Epochenwende.

Die historische Begründung für den Schwerpunkt *Geheimpolizei und Diktatur* soll die normative Aussage über die künftige Rolle der BStU stützen: „Geheimpolizeien waren eine der wesentlichen Existenzvoraussetzungen staatssozialistischer Diktaturen.“ Herrschaftsmittel ja, aber Voraussetzungen? War das nicht die Kommunistische Partei? Für den Fall der DDR würde dieser Satz nur stimmen mit einer Ergänzung, unter den Bedingungen sowjetischer Okkupation. Wer aber nach diesem grundsätzlichen Plädoyer für die Fortführung der Behörde der Bundesbeauftragten ein schlüssiges Konzept erwartet, wird enttäuscht. Favorisiert wird ein Forschungs- und Dokumentationszentrum, für das die Abteilung Bildung und Forschung der BStU die Grundlage bilden soll, die mit den Gedenkstätten an die SED-Diktatur in Berlin verbunden werden soll. Um dies zu realisieren, unterbreiten die Empfehlungen drei Vorschläge. Sie betonen aber auch, die Behörde solle sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, also der Erschließung der Akten, der Ermöglichung der Akteneinsicht für Betroffene und die Erstellung von Findbüchern. Damit genehmigt sich die Kommission die Schüssel des Pilatus', wie lange und ob die Behörde weiter existiert, sei Sache der öffentlichen Akzeptanz und der Entscheidungen in der Politik. Die Gestalt der zweiten Säule des *Geschichtsverbundes* bleibt offen, Markus Meckel hat in seiner Stellungnahme zu den Empfehlungen daraus für sich die politische Konsequenz gezogen. Er stellt noch einmal klar, die Öffnung der MfS-Akten war eine historische Leistung, „die auch für die Zukunft gesichert werden muss – nicht die Institution!“ Er fordert schon bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom Ende der Behörde her zu denken und

Übergangszeiten einzuplanen. In Zukunft soll sich aber die BStU auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Meckels Position ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Debatte. Er unterstützt die Neujustierung der bestehenden Bundesinstitutionen, um die Auseinandersetzung mit der Erblast der SED-Diktatur in der Geschichtspolitik des Bundes auf Dauer zu stellen, verabschiedet sich aber damit gleichzeitig von dem rot-grünen Projekt eines integrierten *Geschichtsverbundes*.

Damit eröffnet er einen Weg, die vielen Denkanstöße der Empfehlungen in Bezug auf die vorhandenen Gedenkstätten, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Museen und die BStU institutionenbezogen zu prüfen, um daraus eine Konzeption für die Förderung der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu formulieren. Mit ihrem Schwerpunkt *Grenze und Teilung* rückt die Kommission verdienstvollerweise ein Thema in den Blick der Öffentlichkeit, das lange eher unbeachtet blieb. In dieser Hinsicht ist der Kulturstaatsminister gefordert, schnelle Entscheidungen zu treffen, um die Umsetzungen des Gedenkkonzeptes *Berliner Mauer* seitens des Bundes zu befördern.

Berlin, 6. Juni 2006